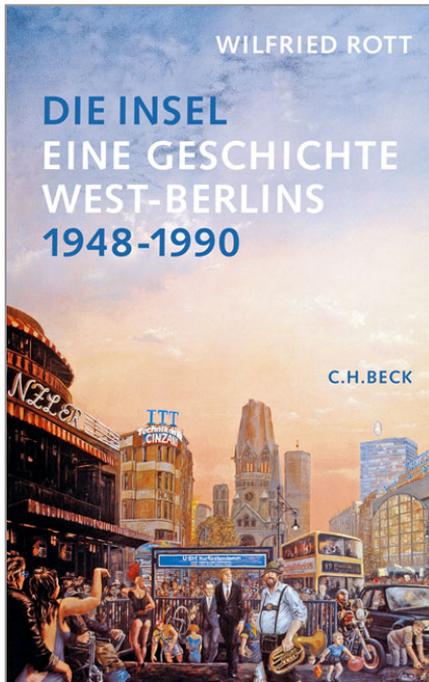


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Wilfried Rott**

**Die Insel**

Eine Geschichte West-Berlins. 1948-  
1990

478 Seiten, mit 36 Abbildungen, Gebunden  
ISBN: 978-3-406-59133-4



## KAPITEL 1

# Geburt einer Halbstadt

## Drei Tage im September

Glasscheiben zersplittern. Abgeordnete und Journalisten werden attackiert. Der Hausherr der Berliner Stadtverordnetenversammlung muß durch den Hintereingang das Weite suchen. Ein Offizier schützt mit gezogener Pistole junge Männer vor der Festnahme. Ein Reporter rettet sich durch einen Sprung aus dem Fenster vor Schlägen. – Es waren gewaltgeprägte Szenen, die sich in dem Neuen Stadthaus in Berlin Mitte am 6. September 1948 abspielten. Eine Jahrzehnte später am Ort des turbulenten Geschehens angebrachte Gedenktafel deutet die Ereignisse: «Die politische Einheit Berlins wurde damit zerstört.»

Ein merkwürdig verkehrter Sturm auf die Bastille leitete die Geburt West-Berlins ein. Keine Zwingburg wurde genommen, sondern der Sitz des in freier Wahl bestimmten Stadtparlaments, der Stadtverordnetenversammlung, und der Stadtregierung, des Magistrats. Keine Entrechteten, Besitzlosen übten Gewalt, sondern wohlorganisierte Demonstranten, die teilweise mit Betriebs-LKWs, vor allem aus sowjetisch verwalteten Betrieben, in die Parochialstraße, zum Neuen Stadthaus gekommen waren. Sie kannten das Gebäude von ähnlichen vorangegangenen Aktionen. Es ist der 1936 errichtete ehemalige Verwaltungsbau der Berliner Feuersozietät, der mitsamt unaufdringlichem Dekor im Stil der damaligen Zeit den Bombenhagel überstanden hat und nun, da das nahe Rote Rathaus zerstört ist, in kommunale Dienste genommen wurde.

Gelenkt wurden die Demonstranten unübersehbar von der aus der Fusion von KPD und SPD hervorgegangenen SED, geschützt wurden sie von der sowjetischen Besatzungsmacht und begünstigt von der Polizei, die hier noch immer dem Kommando des vom Senat abgesetzten ehemaligen Wehrmachtsoffiziers und Ritterkreuzträgers Paul Markgraf unterstand, der sich als Vollstrecker von SED und Sowjets verstand und im Ostteil der



1 Von der SED organisiert und von der sowjetischen Besatzungsmacht geschützt, stürmen Demonstranten am 6. September 1948 das Neue Stadthaus im Ostsektor Berlins. Der Großteil der Abgeordneten weicht vor der Gewalt in den Westteil aus. Die Geburtsstunde West-Berlins hat damit geschlagen.

ument  
© Verlag C.H.Beck

Stadt weiter seines eigentlich verlorenen Amtes waltete.<sup>1</sup> Die Einrichtung einer Bannmeile rund um das Neue Stadthaus war von den Sowjets abgelehnt worden – und nicht wenige der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder hielten unter diesen Bedingungen jede weitere Arbeit im Neuen Stadthaus für unmöglich. Aber der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Otto Suhr und der als Oberbürgermeister agierende Ferdinand Friedensburg wollten noch einmal die Probe aufs Exempel machen und nicht kampflos in einen der westlichen Sektoren ausweichen. Junge Männer aus den Jugendorganisationen von SPD und CDU, durch weiße Armbinden gekennzeichnet, sollten für Ordnung sorgen – und wurden durch diese Kennzeichnung leichte Beute der Markgraf-Polizei, vor der sie sich teilweise in die Zimmer der westalliierten Verbindungsoffiziere flüchteten, was ihnen kaum Schutz verschaffte. Nur der französische Capitain Hector Zieglmeyer verteidigte sie mit gezogener Pistole und begrenztem Erfolg. Beim Verlassen des Stadthauses wurden sie doch festgenommen.

Angesichts der Tumulte vertagte Otto Suhr die Sitzung der Stadtver-

ordnetenversammlung auf unbestimmte Zeit, während gleichzeitig die Parole unter den Stadtverordneten ausgegeben wurde, sich am verabredeten Ort zu treffen. Zurück blieben die SED-Fraktion und ihre Demonstranten. Mit schneidendem Zynismus stellte der SED-Fraktionsvorsitzende Karl Litke fest, daß doch nichts gegen eine Sitzung spräche, wo doch – nun – Ruhe und Ordnung im Haus herrsche. Das bescherte Zustimmung im Saal wie auf der Tribüne und mündete im Absingen der «Internationale». Danach durchkämmte die Markgraf-Polizei, verstärkt durch russische Soldaten, das Haus und nahm etwa 60 Personen fest. Unter ihnen war der Reporter des *Tagesspiegels* Wolfgang Hanßke, verdächtig als Vertreter eines der SED wie den Sowjets gleichermaßen mißliebigen Blattes. Nach sieben Jahren Straflager in Sibirien kam er mit schweren Haftschäden 1955 nach Berlin zurück, unfähig, wieder in seinem Journalistenberuf zu arbeiten.<sup>2</sup>

Wenige Stunden später versammelten sich die Mitglieder der anderen Fraktionen – SPD, CDU, LPD – am vereinbarten Ort im britischen Sektor. Es war die «Taberna Academica», hinter deren klangvollem Namen sich die Mensa der Technischen Universität verbarg. Von ursprünglichen Plänen, die Kellerräume des ausgebrannten und zerschossenen Reichstags als Zufluchtsort zu wählen, mit dessen Enttrümmerung erst wenige Tage zuvor begonnen worden war, hatte man Abstand genommen. Noch war dies nicht die Sitzung eines Westberliner Stadtparlaments, sondern noch immer die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin. Auf ihrer ersten Sitzung im Westteil der Stadt mußte sie zu Protokoll geben, daß angesichts des Drucks von SED und sowjetischer Besatzungsmacht vorerst keine Sitzungen mehr im Ostteil der Stadt stattfinden werden. Untermalt wurden die Beratungen vom pausenlosen Dröhnen viermotoriger Flugzeuge, die den Westteil der Stadt mit dem Nötigsten versorgten. Seit dem 24. Juni sind die Westsektoren durch die sowjetische Blockade eingeschnürt, sind sie auf dem Landweg nicht zu erreichen.

Die Einmütigkeit der Versammlung wurde von einem fraktionslosen Stadtverordneten der Ost-CDU gestört. Helmut Brandt kritisierte, daß die Sitzung im britischen Sektor von langer Hand vorbereitet und eine Tagung im Neuen Stadthaus durchaus möglich gewesen wäre. Brandt, dessen Worte im Protest der anderen Abgeordneten fast untergingen, wurde sein Einsatz für den östlichen Standpunkt letztlich schlecht gelohnt. Er mußte die von ihm bestrittene Willkür und Repression der SED am eigenen Leib erfahren. Als er sich 1950 gegen den Justizterror in der sowjetischen Zone

wandte, wurde er verhaftet, verbrachte acht Jahre in DDR-Gefängnissen, ehe er von der Bundesrepublik freigekauft wurde.

Auch unter den Politikern von SPD, CDU und LPD war es durchaus umstritten, ob man sich völlig aus dem Osten zurückziehen solle. Entschiedener Verfechter eines Rückzugs, einer raschen Verlagerung aller Magistrats-Dienststellen in den Westen war der Mann, der sich einen Tag später über den Rundfunk zu Wort meldete und dessen Stimme unter allen Berliner Politikern das größte Gewicht hatte: Ernst Reuter. Die Ereignisse vom Vortag sind ihm «ein Spektakelstück der SED, eine tragikomische Mischung von Kaltschnäuzigkeit, zynischer Geschäftigkeit und Talmirevolution ... von bestellten Demonstranten ohne Funken ehrlicher Erregung».<sup>3</sup>

Ernst Reuter wußte aus seiner eigenen revolutionären Vergangenheit zu vergleichen, und diese Vergangenheit führte dazu, daß er bloß als Stadtrat für Verkehr und Versorgungsbetriebe sprach, obwohl er am 24. Juni 1948 mit überwältigender Mehrheit zum Oberbürgermeister gewählt worden war. Aber der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Alexander Kotikow hatte dieser Wahl seine Anerkennung verweigert, was derart unpopulär war, daß Kotikow das sowjetische Veto zunächst zu verschleiern trachtete. Erst später bekannte er sich zu der Ablehnung und verband sie mit einer rufschädigenden Begründung, indem er Zweifel an der antifaschistischen Vergangenheit von Ernst Reuter säte. Dieser war 1935 nach zweimaliger, ihn körperlich in Mitleidenschaft ziehender KZ-Haft über London in die Türkei emigriert. Kotikow behauptete nun, Reuter habe im Exil mit dem NS-Regime kollaboriert, was schon damals nicht bewiesen und später klar widerlegt wurde.

Aber die Sowjets hatten guten Grund, Reuter mit allen Mitteln als Oberbürgermeister zu verhindern. Denn sie kannten ihn seit Jahrzehnten genau – und umgekehrt wußte Reuter über sie Bescheid. Schließlich hatte er sich als deutscher Kriegsgefangener in Rußland 1917 den Bolschewiki angeschlossen, war nach Rücksprache mit Lenin und unter Oberaufsicht von Stalin als deren Volkskommissar in die deutsche Wolgaregion entsandt worden, wo er die Landwirtschaft ebenso effektiv organisierte wie den ersten Sowjetkongreß der deutschen Wolgakolonie. Als einer, der neben Lenin und Stalin auch andere Ikonen der Oktoberrevolution wie Bucharin, Tschitscherin und Sinowjew persönlich kannte, war Reuter aus der Sowjetunion nach Deutschland zurückgekehrt. Hier brachte es der junge Revolutionär unter dem Kampfnamen «Friesland» bis zum Generalsekretär der KPD, wurde allerdings 1922 aus der Partei ausgeschlossen. In der

Folge kam er über Umwege zur SPD, wurde zu einem entschiedenen Vertreter eines demokratischen Sozialismus und aus eigener Anschauung und Erfahrung klarer Gegner des autoritär-repressiven Kommunismus stalinistischer Prägung. Verständlich, daß die Sowjets einen solchen Mann nicht an der Spitze Berlins sehen wollten, der noch dazu nicht davor zurückschreckte, aus persönlicher Kenntnis dem allmächtigen Stalin die «Mentalität eines Feldwebels» nachzusagen.<sup>4</sup>

Die sowjetische Militäradministration konnte Reuter das Amt verweigern, an seinem Ruf kratzen – die ihm eigene Autorität vermochten sie ihm nicht zu rauben. Er war ein Mann von großer Bildung, umfassender politischer Erfahrung und Begabung, die er schon in den 20er Jahren als Verkehrsreferent im neugeschaffenen Groß-Berlin unter Beweis gestellt hatte, wo er die Fusion der zuvor selbständigen Betriebsgesellschaften für Hoch- und Untergrundbahnen, Straßenbahnen und Omnibusse zur «Berliner Verkehrs-Aktien-Gesellschaft» (BVG) zum damals größten Kommunalverkehrsunternehmen der Welt durchsetzte. Danach hatte er in Magdeburg bewiesen, daß er eine große Kommune zu führen und zu organisieren mußte.

Den Geschichte machenden Beweis seiner auch ohne Amt dominierenden Persönlichkeit erbrachte Reuter drei Tage nach den Unruhen im Stadthaus. Für den 9. September war schon seit Tagen eine Protestversammlung vor dem Reichstag angesetzt und mit kräftiger Werbung in Rundfunk und Presse propagiert worden. Nun versammelten sich 300 000 Menschen – manche Schätzungen sprechen gar von 400 000 – in einer dramatischen Kulisse. Der zerstörte Reichstag bildete Podium und Hintergrund für die Redner. Davor lag ein schier grenzenloses, devastiertes Areal, das nichts mehr vom einst grünen Tiergarten verriet. In den vorangegangenen Kälteintern hatten die Berliner schweren Herzens das Wald- und Parkareal zwischen östlicher und westlicher Stadthälfte abgeholzt, teilweise in Ackerland verwandelt. Als einziges Bauwerk im weiten Areal erhob sich das aus Steinen der Reichskanzlei errichtete sowjetische Ehrenmal. Mit Blick auf den Reichstag zeigten die Kundgebungsteilnehmer dem Soldaten der Roten Armee auf der Spitze des Siegesmals den Rücken, der mit geschultertem Gewehr den Arm in unterwerfender Geste von sich streckt.

Zuerst ergriffen der amtierende Oberbürgermeister Ferdinand Friedensburg, Otto Suhr und der SPD-Vorsitzende Franz Neumann das Wort. Ihre Ansprachen sind vergessen. Ernst Reuters Rede wurde dagegen zur

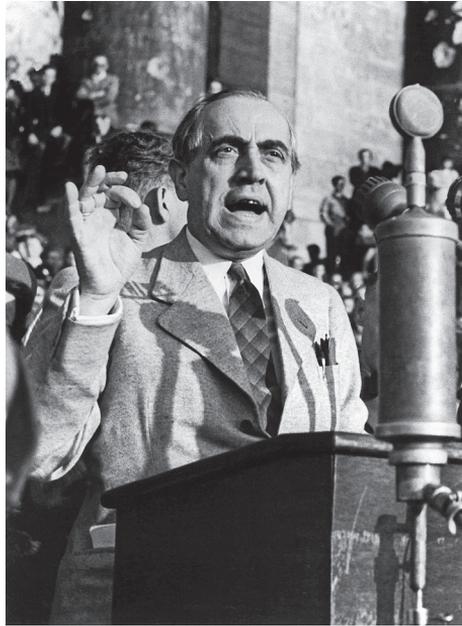
Legende. Ton- und Filmaufnahmen haben den gespannten, pathetischen Tonfall festgehalten, den spätere Generationen zunehmend als melodramatisch empfanden, der sich aber durch Ort und Zeit erklärt. Vor dem Menschenmeer verlieh Ernst Reuter seiner Stimme einen hohen Ton und eine getragene Diktion, die ihr sonst fehlten. Körpersprache und Habitus milderten das Pathos. Die Gestik verzichtete auf große Bewegungen und im Jackett saßen statt eines Einstecktüchleins etliche Schreibgeräte und verrieten den akribischen Verwaltungsmann.

Reuter war in seinen jungen Jahren Wanderredner für die Kirchenaustrittsbewegung gewesen, weil er die preußische Verbindung von Thron und Altar für verhängnisvoll hielt. Nun konnte er seine deklamatorischen Fähigkeiten wieder einsetzen und er, der Sohn gut protestantischer Eltern und Bruder eines Pastors, wußte die Kraft biblischer Sprache und Bilder zu nutzen. Er sprach davon, wie sowjetische Generäle das Ehrenwort brechen, ehe der Hahn drei Mal kräht, er warf der SED vor, sich für dreißig Silberlinge an eine fremde Macht zu verkaufen. Ihren Höhepunkt erreichte die Rede mit der Diktion und Kraft eines alttestamentarischen Propheten: «Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt ...»

Jahrzehnte später gibt es Verwunderung darüber, wie Reuter nach dem Mißbrauch des Wortes «Volk» durch die Nationalsozialisten dieses so unbefangen in den Mund nehmen und vom «Volk von Berlin» sprechen konnte. Es mag der Wunsch virulent gewesen sein, dem «Völker, hört die Signale», das erst kürzlich im Neuen Stadthaus gesungen worden war, etwas entgegenzusetzen. Es mag auch einfach ein Denken bestimmend gewesen sein, das von politischen Korrektheitsdebatten und dem Streit um «Volk» und «Bevölkerung» noch nichts weiß, das ihn so sprechen ließ. Unbefangen apostrophierte er die Lettern «Dem deutschen Volk» auf dem Reichstag als «stolze Inschrift». Es war aber auch wohlüberlegtes politisches Kalkül. Reuter beließ es nicht bei einem humanitären Appell von Mensch zu Mensch oder an die Menschheit schlechthin. Er appellierte an die Völker der Siegermächte Amerika, England und Frankreich und merkwürdigerweise auch an das Volk von Italien. Damit war die Rede auch ein Signal an die Militärgouverneure, die in diesen Tagen über das Schicksal der Westsektoren zu entscheiden hatten. Reuter nahm die Internationalisierung des Berlin-Konflikts vorweg, die Wochen später von den westlichen Besatzungsmächten durch die Anrufung der Vereinten Nationen erfolgte.

Der Auszug aus dem Neuen Stadthaus wie die Rede von Ernst Reuter drei Tage später bedeuteten nicht die definitive Spaltung der Stadt, die sich

2 Vor der Ruine des Reichstags beschwört Ernst Reuter am 9. September die Völker der Welt: «Schaut auf diese Stadt!» 400 000 Zuhörer geben den Worten des im Grunde machtlosen Politikers Gewicht.



## Originaldokument

in vielen kleinen Schritten vollzog. Aber sie waren Marksteine im Strom der Geschichte, an denen sich die Ereignisse ballen und Entwicklungen manifest werden. Was am 9. September von Reuter formuliert wurde, das ist der Geist, der auf Jahre das sich langsam entwickelnde West-Berlin prägen wird. Das Bewußtsein eines stellvertretenden Kampfes für die Freiheit, gegen Umzingelung und Abschnürung und die kämpferische Attitüde der Selbstbehauptung. In anderen Reden hat Reuter dies noch deutlicher formuliert, wenn er vom «Pfahl im Fleisch» der Ostzone sprach oder West-Berlin mit Stalingrad verglich, auch wenn noch keine Mauer deutlich machte, wie eingekesselt die Stadt war. Aber nie hat er den Anspruch, das wahre und freie Berlin zu verkörpern, wirksamer, effektvoller vertreten. Hier legte er die Grundlage für ein sich gegen den Osten behauptendes West-Berlin.

## Dispute an Dahlemer Kaminen

Privater und doch eminent politisch war Ernst Reuter wenige Wochen später zu erleben. Ein gepflegtes Mittagessen mit Damen und anschließendem Gespräch der Herren am flackernden Kamin war angesagt.<sup>5</sup> Auch solches war trotz Brennstoff- und Lebensmittelrationierung während der Blockade möglich, vorausgesetzt der Gastgeber ist US-Botschafter und kann über eine großbürgerliche Villa im vornehmen Stadtteil Dahlem verfügen. Immerhin durften sich an diesem Tage alle West-Berliner über kulinarischen Zugewinn freuen. Ausgewählten Bäckereien und Gaststätten wurde von den Militärregierungen erlaubt, wieder Kuchen zu backen.<sup>6</sup> Das gepflegte Ambiente in Dahlem diente vor allem als Camouflage. Robert Murphy, Berater von US-Präsident Eisenhower und als Sonderbotschafter nach Berlin gesandt, konnte sich in privatem Rahmen über Berliner Befindlichkeiten informieren, ohne Mißtrauen oder Kontrolle der anderen Alliierten zu provozieren, was bei einem offiziellen Gespräch der Fall gewesen wäre. Neben anderen hatte Murphy den an der Amtsausübung gehinderten Oberbürgermeister Reuter und den an seiner Stelle des Amtes waltenden Ferdinand Friedensburg geladen – und konnte erleben, wie die Vertreter der Westhälfte der zu diesem Zeitpunkt bereits nahezu definitiv gespaltenen Stadt ihrerseits im Dissens lagen.

In der Sache ging es darum, ob die Dienststellen des Magistrats in die westlichen Sektoren verlagert werden sollten, auch wenn dies die Spaltung der Stadt vorantreiben würde. Reuter plädierte vehement für den Umzug und hatte mit der Transferierung seiner Magistratsabteilung bereits einen entscheidenden Schritt in diese Richtung getan. Friedensburg aber wollte so lange wie möglich im sowjetischen Sektor ausharren. Es war der 31. Oktober 1948, der Reformationstag, und in lutherischer Konsequenz saßen sich zwei Männer gegenüber und konnten nicht anders, als verschiedener Meinung zu sein. Zwei Prinzipien prallten aufeinander und Politik erwies sich einmal mehr als Gemenge von Überzeugung und Charakter.

Reuter wie Friedensburg waren gleichermaßen untadelige Demokraten und von universeller Bildung – und doch höchst gegensätzlich. Der massige Ernst Reuter, der mit der unverwechselbaren Baskenmütze die Mitte zwischen bürgerlichem Hut und proletarischer Kappe hielt,

konnte sich seiner Sache sicher sein, war er doch das mit großer Mehrheit gewählte Stadtoberhaupt. Friedensburg dagegen war ein schlanker Mann von grandseigneuralem Habitus, ebenfalls erfahren in der Verwaltung, bei dem sich Prinzipienfestigkeit mit kaum noch von Lavieren zu unterscheidender Verhandlungsbereitschaft paarte. Er wollte ein Diplomat mit Überzeugung sein, war dazu aber wenig begabt. Von seinem Wesen war er derart unzulänglich mit ausgleichendem Geschick ausgestattet, daß ihm seine Amtskollegin Louise Schröder «zwei linke Hände und zwei linke Füße» attestierte.<sup>7</sup> Selbst sein eigener Sohn spricht von einem «Hauch von Tragik» über dem Leben seines Vaters, der einfach unfähig zu tagespolitischen Kompromissen gewesen sei, was ihm den Vorwurf der Eigenmächtigkeit eingetragen habe.<sup>8</sup>

Ein starkes Ego besaßen Reuter wie Friedensburg, doch überschritt bei Friedensburg das ausgeprägte Selbstbewußtsein immer wieder die Grenze zur Selbstgefälligkeit, mit der er möglicherweise die eigene, schwache Position überspielte. Denn er war nicht mehr als der Vertreter der Vertreterin. Für Ernst Reuter führte eigentlich Louise Schröder (SPD) stellvertretend die Geschäfte, doch war sie wegen Gesundheitsproblemen aus der blockierten Stadt ausgeflogen worden und mußte für Monate pausieren. Friedensburg (CDU) agierte als Stadtoberhaupt mit so viel Gefallen an dem Amt, daß der Verdacht aufkam, er verzögere den Umzug nach West-Berlin auch deshalb, um die dann anstehende Amtsausübung durch den nicht mehr durch ein sowjetisches Njet gehinderten Reuter so weit wie möglich hinauszuschieben.

Das Verhältnis der beiden Politiker war bei hoher Gegensätzlichkeit dennoch von einem formalisierten Respekt geprägt. Reuter, der in jungen Jahren Mitglied einer Studentenverbindung gewesen war, verband mit dem überzeugten Burschenschaftler Friedensburg ein immer die Formen wahrender Komment des Umgangs. Es bedurfte schon etlicher Gläser Wein, damit die Debatte zwischen ihnen heftig wurde, auch wenn ein englischer Beobachter ausdrücklich anmerkte, daß die Herren mit gelöster Zunge, aber nicht beschwipst geredet hätten.<sup>9</sup> Ihr Streit blieb offen, wurde erst durch den Gang der Ereignisse zugunsten von Reuter entschieden, während ein fast gleichzeitig angesetzter Kampf einen deutlichen, großen Verlierer hatte. In der Waldbühne erlitt Boxidol Max Schmeling eine klare Punktniederlage gegen den Halbschwergewichtsmeister Richard Vogt und beendete damit seine sportliche Karriere.

Grundsätzlichen und fast zeitlosen Charakter hatte der Streit zwi-

schen Friedensburg und Reuter durch die Frage: Berlin – Bollwerk oder Brücke? Für Reuter war klar, daß Berlin ein Vorposten zu sein habe, und er fand darin in den USA einen mächtigen Unterstützer. Dafür war Reuter auch bereit, die Spaltung der Stadt hinzunehmen, weil sie nach seiner Überzeugung letztlich doch in einer Wiedervereinigung unter westlichen Vorzeichen enden würde. Friedensburg dagegen setzte auf eine Verständigung mit den Sowjets, wollte alles vermeiden, was aktiv zu einer Spaltung der Stadt führen könnte, und sah sich Jahre später als früher Vertreter einer Entspannungspolitik. Der Lauf der Ereignisse im Herbst 1948 machte seine Position obsolet. Die wenige Wochen später erfolgende gewaltsame Einsetzung eines Magistrats im sowjetischen Sektor schuf ein *fait accompli*, das die Debatte beendete.

Am eigenen Leibe mußte Friedensburg erfahren, daß seine Verständigungsposition unhaltbar geworden war, als sich Ende November die Ereignisse überstürzten und er am 1. Dezember wie üblich um 8.30 Uhr mit dem Dienstwagen vor dem Neuen Stadthaus vorfuhr. Ein höflich-stottern-der Polizei-Inspektor hinderte ihn am Betreten seines Amtssitzes im Sowjetsektor, während drinnen Handwerker damit beschäftigt waren, die Namensschilder von ihm und seinen Magistratskollegen abzumontieren.<sup>10</sup> Etwas kleinlaut mußte er nun in der Fasanenstraße seinen Amtssitz einrichten, dort, wohin Ernst Reuter mit seiner Verwaltung bereits Wochen zuvor gegen den Widerstand Friedensburgs umgezogen war.

### «Opernputsch» und Ost-Magistrat

Ein trüber Tag war der 30. November 1948 für Berlin. Dicht lag der Nebel über der Stadt. Für den Westteil hieß dies: Nur zehn Transportflugzeuge mit gerade mal 80 Tonnen Fracht landeten an diesem Tag. Die Luftbrücke, über die bis zu 12 000 Tonnen täglich eingeflogen werden konnten, wurde zum schmalen Steg. Im Osten verdüsterte das Grau des Tages, was die Organisatoren als glanzvolles Ereignis konzipiert hatten. «Das werktätige Berlin» – so die offizielle östliche Lesart – zog ins Stadtzentrum zu einer «außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung». Unter dem Firnis einer basisdemokratischen und legalistischen Rhetorik verbarg die Zusammenkunft im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße einen wohlorganisierten Putsch, der von langer Hand

geplant, allerdings letztlich etwas überstürzt in Szene gesetzt worden war. Bereits am 13. September hatte Wladimir Semjonow, politischer Berater der Sowjetischen Militäradministration, gegenüber der SED-Führung den Fahrplan festgelegt. Der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck notierte: «gemeins. Versammlung – Stadtverordnete, Bezirksverordnete, Parteien und nahestehende Org. aus ganz Berlin einberufen – gut vorbereiten, damit Mehrheit. Absetzung der reakt. Magistratsmehrheit u. Einsetzung provis. Gesamtmagistrats». <sup>11</sup>

Diese Planung wurde nun mit handverlesenen und genau abgezählten «Volksmassen» in die Tat umgesetzt. 1638 «Vertreter des Volkes» versammelten sich in dem Gebäude, das sonst der Staatsoper als Ausweichquartier für ihr zerbombtes Stammhaus diente. Noch gab es die aus einer freien Wahl hervorgegangene Stadtverordnetenversammlung und deren Magistrat, die nur mehr im Westteil zusammenkamen. Nun aber sollten im Admiralspalast ein anderer Magistrat, ein anderes Stadtparlament und ein anderer Oberbürgermeister durch Akklamation der «Massen» bestimmt werden.

Der Ort des Umsturzes hat in der noch kurzen Nachkriegsgeschichte bereits historische Patina gewonnen. In ihm war im April 1946 nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD die SED gegründet worden. Daß der Admiralspalast einmal ein Vergnügungsetablisement mit freizügigen Revuen und angeschlossenem Bordell war, störte dabei wenig. Ahnungs- oder stillos wurde auch kein Anstoß daran genommen, daß wieder einmal in Berlin ein Opernhaus den Rahmen für eine politische Veranstaltung abgab, obwohl die Tagungen des Pro-Forma-Reichstags des Dritten Reichs in der Kroll-Oper erst wenige Jahre zurücklagen.

Die SED und hinter ihr die sowjetische Besatzungsmacht führten Regie bei dem Ereignis, das als «Opernputsch» in die Geschichte einging und die Spaltung Berlins besiegelte. Der Besetzungszettel verzeichnete gerade mal 23 in demokratischer und freier Wahl bestimmte Teilnehmer. Es waren die Mitglieder der SED-Fraktion, die an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung seit deren Wechsel in den britischen Sektor nicht mehr teilgenommen hatten. Zu ihnen gesellten sich 236 Vertreter des «Demokratischen Blocks», dem neben der beherrschenden SED noch die (Ost)CDU und die (Ost)LPD angehörten. Ferner fanden sich 229 Vertreter der «demokratischen Massenorganisationen» (FDGB, Kulturbund, FDJ u. a.) ein. 1151 Delegierte wurden erst wenige Stunden zuvor in zumeist sowjetisch kontrollierten Betrieben bestimmt. Alle zusammen waren sie

kaum mehr als Statisten in einem Spektakel, bei dem sie vor allem zum richtigen Zeitpunkt die Hand zu heben hatten.

Die Versammlung beschloß, was auf der Landes-Delegierten-Konferenz des SED-Landesvorstands Groß-Berlin zwei Tage zuvor festgelegt worden war: allgemeine Lohnerhöhung in allen Dienststellen, Sofortmaßnahmen gegen die «Wintersnot», Förderung der Aktivisten- und Aufbau-bewegung, Durchführung des «Sozialisierungsgesetzes», konkret die Ent-eignung der Berliner Elektrokonzerne.<sup>12</sup> Da sich der gewählte Magistrat geweigert hatte, diese Forderungen zu erfüllen, wurde er kurzerhand für unfähig und unzuständig erklärt und abgesetzt. Als «Oberbürgermeister von Berlin» wurde Friedrich Ebert präsentiert, von der Versammlung ein-stimmig akklamiert und von einem Ost-Polizeioffizier mit einem Chrys-anthemenstrauß bedacht. Ebert hatte in dem nun neugebildeten Magistrat von überwiegend unbekanntenen Personen immerhin einen berühmten Namen, nämlich denselben wie sein Vater, der erste Reichspräsident der Weimarer Republik. Sohn Ebert, bis dahin Landtagspräsident in Branden-burg, war keineswegs erste Wahl, sondern eine so ziemlich im letzten Moment gefundene Notlösung. Doch kam es auf die Person in diesem Amt nicht sonderlich an, weil sie doch vor allem Vollstrecker von Beschlüssen der SED-Leitung war. Ebert erlebte dies im Laufe seiner Amtszeit und beklagte es intern, verfolgte aber nach außen konsequent die Par-teilinie, die sich nicht zuletzt gegen seine eigenen politischen Wurzeln richtete, nämlich gegen die Sozialdemokratie. Schon bei der Zusammen-setzung des Ost-Magistrats wurde dies deutlich. Zwei SED-Stadträte des bisherigen Magistrats wurden nicht übernommen. Beide waren ehemalige Sozialdemokraten.<sup>13</sup>

Eine Anmutung von großer Oktoberrevolution im November mit zustimmenden Volksmassen sollte eine anschließende, vom kommuni-stisch kontrollierten Gewerkschaftsbund FDGB initiierte Kundgebung vor der Berliner Universität Unter den Linden verbreiten. Auf einem LKW stellte sich der neue Magistrat der Menge vor. Sie sollte den Volkswillen repräsentieren und war wohlorganisiert. Arbeitern und Angestellten in den sowjetzonalen Betrieben waren von Betriebsräten «Nachteile» bei Nichtteilnahme angedroht worden. Bei der Ankunft Unter den Linden kontrollierten Gewerkschaftsfunktionäre die Präsenz.<sup>14</sup> Anschließend war in der östlichen Propaganda mal von 300 000, dann aber auch gar von 500 000 Teilnehmern die Rede. Realistisch ist wohl die im Westen verbreitete Zahl von 80 000, denn mehr Menschen haben auf dem Areal vor der

Universität gar nicht Platz. Ein den «Massen» weitgehend unbekannter Magistrat präsentierte sich, versprach, was schon im Admiralspalast versprochen worden war, und ließ sich auch hier noch einmal bestätigen. Noch am selben Abend polemisierte im (Ost)Berliner Rundfunk ein Journalist mit einer in den folgenden 40 Jahren nicht erlahmenden Heftigkeit. Karl Eduard von Schnitzler zieh den rechtmäßigen Magistrat der Untätigkeit und behauptete, daß sich Reuter und Konsorten vor dem «Volkszorn unter den vermeintlichen Schutz britischer Panzerwagen und amerikanischer Jeeps» zurückgezogen hätten.

Einen grotesk anmutenden Brief schickte Ottomar Geschke von der SED, nunmehr Vorsitzender der im Admiralspalast bestimmten Stadtverordnetenversammlung, nach dem Putsch an die Stadtkommandanten. Mit größter Selbstverständlichkeit wurde darin die «Wahl» der neuen Gremien durch die «Vertreter des Volkes» mitgeteilt, wobei deren Zahl gleich von 1638 auf 2000 Mitglieder erhöht wurde. Weiter «erlaubte» sich Geschke, die Erwartung auszusprechen, daß der Putschmagistrat, «der sein Amt bis zur Ausschreibung freier einheitlicher demokratischer Wahlen in ganz Berlin» ausüben werde, von den Stadtkommandanten die «notwendige Unterstützung» erfahre.<sup>15</sup>

Die freien Wahlen in Gesamt-Berlin ließen 41 Jahre auf sich warten, doch die Antwort der westlichen Stadtkommandanten erfolgte sofort in Form eines deutlichen Protests. Dagegen teilte der stellvertretende sowjetische Stadtkommandant Gardeoberst Iwan Jelisarow Geschke mit, daß die sowjetische Zentralkommandantur den neuen Magistrat als das «einzig rechtmäßige Stadtverwaltungsorgan» anerkenne. Die Spaltung in zwei Stadtregerungen, zwei Stadtparlamente und in Folge auch in zwei Stadtverwaltungen war damit vollzogen. In den Westsektoren blieb bei allem Willen zur nunmehr unvermeidlichen Eigenständigkeit doch das Gefühl der Hilflosigkeit, das sich in Spottnamen für den Ebert-Magistrat wie «Berlin-Sowjet» Luft machte.

## Spalterwahl

Mit den rasch zusammengewürfelten «Delegierten» für die Veranstaltung im Admiralspalast und mit dem Verlegenheitskandidaten Friedrich Ebert als Oberbürgermeister trägt der Putsch

vom 30. November 1948 Züge von Überstürzung. Dies verwundert. Denn bereits am 20. September 1948 hatte das Zentralsekretariat der SED das Szenario für einen Putsch ausgearbeitet und diesen auf den 30. September festgelegt. Was zu der Verzögerung geführt hat, geht aus den schriftlichen Quellen nicht hervor. Aber offensichtlich gab man sich der Vorstellung hin, daß es zu einer Machtübernahme in ganz Berlin kommen könnte, wenn die Westalliierten dem sowjetischen Druck der Blockade nachgeben würden. Auf der anderen Seite gab es einen zwingenden Termin, der es der SED unmöglich machte, ihre Pläne zu einer undemokratischen Aneignung der Macht zumindest im sowjetischen Sektor länger hinauszuschieben. Für den 5. Dezember waren gemäß der Berliner Verfassung Wahlen angesetzt.

Allerdings hatte der sowjetische Stadtkommandant Alexander Kotikow bereits am 20. September dem Magistrat mitgeteilt, daß diese Wahlen nicht im sowjetischen Sektor stattfinden dürften, so lange nicht die rigiden Bedingungen der Sowjets erfüllt würden.<sup>16</sup> Es drohte – aus östlicher Sicht – die Situation, daß im Westen eine gewählte Stadtverordnetenversammlung bestand, im Osten aber ein Machtvakuum herrschte. Für die SED bedeutete dies den Abschied von der Vorstellung, in ganz Berlin die Macht ausüben zu können. Sie mußte sich nun auf den Osten beschränken. Allerdings bemühte sich die SED, die Verantwortung für die Spaltung dem Westen anzulasten.

Noch im Juli 1948 hatte sich die SED auf die bevorstehende Wahl vorbereitet und sie als selbstverständlich betrachtet. Vom Landesverband Groß-Berlin erging ein Rundschreiben an alle Kreisvorsitzenden, an die Leiter der kommunalpolitischen Abteilungen, Fraktionsvorsitzenden und SED-Stadtverordneten, in dem zu intensiven Aktionen im Blick auf die Wahl im Herbst aufgefordert wurde. Im Laufe der nächsten Monate änderte sich die Haltung. Ausschlaggebend dürfte die Einsicht in die fehlende sowjetische Unterstützung für eine Machtübernahme in Gesamt-Berlin sowie die eigene politische Schwäche gewesen sein. Die Mitgliederzahlen der SED in den Westsektoren gingen dramatisch zurück. Mitte Oktober mußte Wilhelm Pieck vor dem SED-Parteivorstand einräumen, daß es schwer sei, «innerhalb der Arbeiterschaft die einheitliche Kampffront» herzustellen, und daß die Mitgliedschaft überaltert sei.<sup>17</sup> Die SED fürchtete, aus einer Wahl in Gesamt-Berlin als Splitterpartei hervorzugehen. Zugleich zerstob die Hoffnung, die Blockade West-Berlins könnte die West-Alliierten zum Abzug veranlassen. Im Gegenteil:

Mit jeder Woche verfestigte sich deren Präsenz, nahm zugleich die Sympathie für die Sowjets und die in ihrem Schutz agierende SED rapide ab. So wurde das Ruder herumgeworfen und Anfang November entschieden, mit «allen Mitteln und Methoden» gegen die nunmehr auf den 5. Dezember festgesetzten Wahlen vorzugehen.

Eines der Mittel war das Wort von der «Spalterwahl», das hinfort die Propaganda der SED bestimmte. Die Auseinandersetzungen um West-Berlin waren immer ein Konflikt um Worte und ein Streit mit Worten. Die Auslegungen grundlegender, für den Status von West-Berlin relevanter Dokumente erfolgte in geradezu scholastischer Weise. West-Berlin wurde vom Osten propagandistisch mit pejorativen Begriffen wie «Frontstadt» oder «Agentennest» belegt. Die «Spalterwahl» gehörte in diesen denunziatorischen, in seiner Griffigkeit nicht unwirksamen Wortschatz.

In vollständiger Lesart lauteten die SED-Vorwürfe im Parteijargon, daß sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung «in ein Werkzeug britisch-amerikanischer Behörden» verwandelt hätten, die eine antidemokratische Politik der Spaltung Berlins betrieben.<sup>18</sup> Dies wurde zur Formel verkürzt: «Für die Einheit Berlins – Gegen Spalterwahlen». Unter diesem Motto schwärmten die SED-Funktionäre von Walter Ulbricht bis Otto Grotewohl in West- wie Ost-Bezirke zu Kundgebungen, erlebten aber, daß vor allem im Westen das Echo gering war und die Veranstaltungen der anderen Parteien weit besser besucht wurden.

Die SED mußte feststellen, daß das sich nun herausbildende West-Berlin eine politische Identität entwickelt hatte, die ihr keine Chancen mehr bot. Propagandistisch konnte zwar Ernst Reuter als «Handlanger» der Westmächte denunziert werden, doch blieb dies wirkungslos, und die von Reuter vertretene Absagepolitik an sowjetische und kommunistische Machtansprüche wurde von der Bevölkerung voll unterstützt. Resigniert stellte der Vorsitzende des Berliner SED-Landesverbandes Hermann Matern fest: «Unser Einfluß wächst nicht, weil kein Vertrauen zu uns vorhanden ist.»<sup>19</sup> Übergriffe und Blockade hatten die Sowjets unrettbar in Mißkredit gebracht. Vergeblich versuchte die SED hier gegenzusteuern, nachdem Walter Ulbricht erklärt hatte: «Von einer systematischen Aufklärung über die Sowjetunion ... hängt unser zukünftiger Sieg in Berlin ab.»<sup>20</sup> Ein Artikel im *Neuen Deutschland* unter der Überschrift «Über die Russen und uns» konnte das Blatt schon deshalb nicht wenden, weil die zaghaft eingeleitete Debatte schnell und plötzlich wieder abgewürgt wurde.

Auch der Versuch der SED, über die nationale Frage eine von ihr dominierte Einheit in der Stadt zu erreichen und damit Einfluß im Westteil zu gewinnen, schlug fehl. Weder die «Volkskongreßbewegung», aus der später die «Nationale Front» der DDR hervorging, noch nationalistisch firmierende Zeitungs- und Parteigründungen wie die *National-Zeitung* und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) stießen außerhalb der sowjetischen Besatzungszone auf ein nennenswertes Echo. Auch im Westen forderten alle Parteien die deutsche Einheit, schon allein, weil ihnen ein gespaltenes Deutschland auf Dauer unvorstellbar schien. Doch wurde die Einheit immer weniger ein Wert an sich, waren nationalistische Parolen offensichtlich durch die Erfahrungen des Dritten Reiches nachhaltig diskreditiert. Walter Ulbricht selbst mußte feststellen: «Das Schlimmste in Berlin und in den Westsektoren Berlins ist, daß es in der Arbeiterklasse fast kein Nationalbewußtsein gibt.» Das Wort aus dem Munde eines ideologisch eingeschworenen Internationalisten bestätigte sich im Laufe der Jahre fortwährend. West-Berlin war kein Ort, an dem nationalistische Bestrebungen einen besonderen Nährboden fanden.

Als letztes Mittel gegen die Wahlen in West-Berlin blieb der SED daher nur, diese zu stören und zum Boykott aufzurufen. «Keine Beteiligung an den undemokratischen und friedensfeindlichen West-Berliner Spalterwahlen!», lautete die Parole. In Ost-Berlin wurde für den Wahltag ein «Aktivistentag» angesetzt. Statt an die Urne sollten die «Werk tätigen» von West-Berlin am Wahltag zu einem Auftag nach Ost-Berlin gehen. Der Rundfunk versuchte den Boykottaufruf musikalisch zu popularisieren und sendete ein satirisches Lied im Berliner Ton: «Diesmal wollen sie Dir keilen, du sollst nach de Wahl hin eilen, nämlich bei de Spalterwahl ... Weeste, wat sie von Dir wollen: dett wa uns zersplittern sollen, nur dett is der janze Sinn. Wenn de tiefen Risse klaffen, könn' die Brüder noch mehr raffen. Jehste mit, biste hin.» Am 30. November, dem Tag des «Opernputschs», wurde das Lied ausgestrahlt und war ein Beweis mehr dafür, daß der Putsch planmäßig vorbereitet war, wurde doch darin bereits der Ebert-Magistrat gelobt: «Wozu Wahlklamauk und Spaltung, wir ham ja ne Stadtverwaltung. Die schmeißt nicht de Brocken hin.»

Die gemeinschaftlich erlebte doppelte Bedrohung durch Blockade und SED-Pression ließ im West-Berliner Wahlkampf für den Urnengang am 5. Dezember wenig Platz für Gegensätze. Während die SPD es relativ leicht hatte, weil sie mit Ernst Reuter eine Persönlichkeit besaß, die dieser Stimmung entsprach und ein Symbol des Widerstands gegen die Bedräng-

nisse war, taten sich die anderen Parteien schwer, eigene Positionen zu vertreten. Die Liberaldemokraten versuchten durch Vorwürfe an die West-Alliierten wegen deren angeblich zu später und unzulänglicher Opposition gegen die sowjetische Blockadepolitik mit berlinspezifischen Argumenten Profil zu gewinnen. Sonst dominierten jene Kontroversen, die auch in Bonn bestimmend waren, wo seit September der Parlamentarische Rat damit befaßt war, eine provisorische Verfassung für einen westdeutschen Staat auszuarbeiten. Die Bonner Themen wie Föderalismus oder Zentralismus, die zukünftige Eigentumsordnung oder das Elternrecht wurden auch in Berlin von Bonner Politikern zur Sprache gebracht. Die CDU beschwor derart heftig das gegen den Marxismus zu verteidigende christliche Menschenbild, daß die Berliner spöttelten, sie wüßten nicht, ob die CDU-Wahlkampfglocke in die Kirche oder zur Urne rufe. Farblich unterlief die SPD das CDU-Argument, daß auch sie «Rote» seien wie die SED, und wählte Marineblau zur Grundfarbe ihrer Plakate.

Carlo Schmid, ein maßgeblicher Kopf der Sozialdemokraten, zeigte, wie tiefste Verwurzelung im Südwesten Deutschlands nicht daran hinderte, in dem so weit östlich gelegenen Berlin den richtigen Ton für die verunsicherte Stadt zu treffen. «Der Westen lebt von Berlin», rief er den Menschen im Titania-Palast zu. Die Stadt habe den Deutschen wieder die Möglichkeit gegeben, ein echtes Selbstwertgefühl zu finden. Schmid, ein bildungsbürgerlicher Freund einer pathosnahen Sprache, erhob Berlin in sakrale Höhen: «Fahrten nach Berlin sollten unternommen werden, wie man Pilgerfahrten an geweihte Stätten unternimmt.»<sup>21</sup> Allerdings hatte Schmid zugleich einen boshaften Schlenker parat. «Neulich ist ein solcher Pilgrim hier in Berlin aufgezogen – mein Kollege Dr. Adenauer.» Genüßlich verwies Schmid darauf, daß Konrad Adenauer drei Jahre lang nicht in der Stadt war und zudem bei dem weit zurückliegenden ersten Nachkriegsaufenthalt nicht Berlins wegen gekommen war, sondern die Gründung Nordrhein-Westfalens beim Alliierten Kontrollrat besprochen hatte. Der SPD-Politiker konnte es sich auch nicht entgehen lassen, Adenauers Schweigen in der Hauptstadtfrage zu einem Berlin-Bekenntnis zu benutzen: «Berlin ist und bleibt die Hauptstadt der deutschen Republik!»

Adenauer hatte nämlich auf die Frage, wie er zu Berlin als deutscher Hauptstadt stehe, kurz zuvor ausweichend geantwortet. Er könne dazu «angesichts der außenpolitischen Lage» nichts sagen. Die Unehrllichkeit dieser Aussage wußte keiner besser einzuschätzen als der Berliner CDU-Vorsitzende Jakob Kaiser. Ihm hatte Adenauer bereits 1946 mit kühler

Eindeutigkeit beschieden, daß es «für den Westen wie für den Süden Deutschlands ganz ausgeschlossen ist, daß nach einer Wiedererrichtung Deutschlands die politische Zentrale des neuen Deutschlands in Berlin ihren Sitz findet.» Dabei sei es «ganz gleichgültig ob und von wem Berlin und der Osten besetzt» sei.<sup>22</sup> Obwohl in vielem ein Kontrahent zu Adenauer, machte Kaiser nicht nur mit bei dem Schweigekartell in der Hauptstadtfrage, sondern gab auch bei der Wahlveranstaltung mit Adenauer den servilen Begrüßaugust mit dem Hinweis, «es sei ein besonderer Erfolg der standhaften Berliner Bevölkerung, daß sie durch ihr Ausharren sogar Dr. Adenauer dazu geneigt gemacht habe, Berlin zu besuchen».<sup>23</sup> Den Berlinern mit ihrer «Uns kann keener»-Mentalität behagte solche Devotheit gar nicht und sie machten am 5. Dezember den Wahlzettel für die CDU zum Denkkzettel. Gleich bei seinem ersten offiziellen Berlin-Besuch hatte Adenauer gezeigt, daß er, selbst wenn er sich nach Berlin aufmachte, mental in dieser Stadt doch nie ankam.

Begleitet wurde der Wahlkampf von Befürchtungen vor kommunistischen Übergriffen, die durch Willküraktionen von sowjetischer Militärpolizei und Entführungen in den sowjetischen Sektor genährt wurden. Mit Polizeiposten vor den Wohnungen der führenden Politiker und vor den Wahllokalen sollten Zwischenfälle vermieden werden. Zu nennenswerten Störaktionen kam es dann nicht, auch nicht zu der nach Polizeiinformationen von der SED geplanten Vernichtung von Wahlurnen. Den Gerüchten zufolge beabsichtigten SED-Mitglieder die Stimmzettel in mit Phosphor präparierten Umschlägen abzugeben, die sich nach dem Einwerfen in die Urne entzünden sollten. Es wurden keine Brandfälle aus Wahllokalen gemeldet und wenn, hätten nur noch West-Feuerwehren helfen können. Schon seit dem 20. November hatten die Feuerwehren des Ostsektors die Anweisung, nicht mehr in die Westsektoren auszurücken.

Von 8 bis 20 Uhr waren die Wahllokale geöffnet, und erst Stunden später, weit nach Mitternacht, wurden die Ergebnisse bekannt. Für den Wahlsonntag waren erhöhte Stromkontingente bewilligt worden, um auch zu später Stunde noch Stimmen zählen zu können. Am Ende gab es strahlende Gesichter bei der SPD und lange bei der CDU. Mit 64,5 Prozent der Stimmen lag die SPD dicht an der Zweidrittelmehrheit. Die CDU dagegen erzielte noch weniger Stimmen als bei der Wahl von 1946. Von 22,2 Prozent sank sie auf 19,4 Prozent. Adenauers Auftritt hatte, wenn überhaupt, wohl eher negativ gewirkt. Die Warnung vor dem marxistischen Menschenbild und die Beschwörung christlich-abendländischer Werte waren

verpufft. Das Ergebnis war für die CDU besonders enttäuschend, weil sie in den Westsektoren mit bürgerlichen Bezirken wie Charlottenburg oder Zehlendorf bessere Voraussetzungen hatte als in Gesamt-Berlin. Obwohl die SED zur Wahl gar nicht angetreten war, mußte auch sie eine Schlappe hinnehmen. Alle Boykottaufrufe hatten nicht gefruchtet. Die Wahlbeteiligung lag mit 86,3 Prozent zwar unter den 92 Prozent von 1946, war aber keineswegs auffällig niedrig.

Mit dem 5. Dezember 1948 hatte Berlin zwei Regierungen und zwei Parlamente. Die politische Teilung der Stadt war endgültig vollzogen. Im Westen durften sich Reuter und sein später in Senat umbenannter Magistrat nun als legitime und gewählte Vertretung der Bevölkerung verstehen, während der Herrschaft in Ost-Berlin bis zuletzt der Makel der Illegitimität anhaftete. Beide Stadthälften wären ohne die Unterstützung der jeweiligen Besatzungsmächte nicht denkbar gewesen. Im Westen wurden sie aber mit der Blockade von Besatzungs- zu Schutzmächten. Im Osten dagegen waren die Sowjets vor allem Stütze der herrschenden SED. Diese hatte nicht erreicht, was Otto Grotewohl auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD im Admiralspalast nach einem Augenzeugenbericht «krachend» in den Saal gerufen hat.<sup>24</sup> Die Hoffnung, so stark zu sein, «daß wir auf die Bajonnette der Russen nicht mehr angewiesen sind», war am 5. Dezember endgültig zerstoßen.

In beiden Stadthälften blieb bei den Regierenden der Anspruch virulent, doch einmal Gesamt-Berlin zu beherrschen. Ernst Reuter äußerte immer wieder die Hoffnung, dereinst durch das Brandenburger Tor zu ziehen und auch im Osten Freiheit und Demokratie zur Herrschaft verhelufen zu können. Solche Bekundungen waren aber kaum mehr als jener Schuß Utopie, der zum Überleben in einem eigentlich unmöglichen Zustand gehört. Im Osten wurde man nicht müde, dies als revanchistisch zu denunzieren, den kapitalistischen Einmarsch in Ost-Berlin an die Wand zu malen. Zumindest in den Reihen der SED waren derartige Pläne mit freilich umgekehrtem Vorzeichen tatsächlich geschmiedet worden und zwar im Umfeld des «Opernputschs». Der spätere Verteidigungsminister der DDR, Heinz Hoffmann, damals Sekretär der Berliner SED-Landesleitung, bekannte Anfang Februar 1949: «Es gab Genossen, die nach dem 30. November ... der Meinung waren, daß eines Tages die Kräfte des sowjetisch besetzten Berlin mit Hilfe der sowjetischen Armee durch das Brandenburger Tor marschieren, um die Befugnisse des Magistrats unter Führung von Friedrich Ebert auf ganz Berlin auszudehnen.»<sup>25</sup> Allerdings

schränkte er ein: «Wir müssen Schluß machen mit dieser illusionären Politik des Wartens auf die Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht.»

Beide Seiten waren nunmehr damit beschäftigt, sich im Status quo zurechtzufinden. Verwaltungen mußten aufgebaut werden, was besonders im Osten schwierig war, weil viele Magistratsangestellte, oft unter Mitnahme von unter den Mänteln verborgenen Unterlagen, in den Westen gewechselt waren und es an qualifiziertem Verwaltungspersonal fehlte. West-Berlin dagegen hatte zunächst noch mit der Blockade und danach mit enormen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Man begann sich im eigentlich nicht für möglich Gehaltenen, in einer geteilten Stadt, einzurichten. Wie bei allen schmerzhaften Trennungen blieb die Frage nicht aus, wer daran die Schuld trage.

### Suche nach dem Schuldigen

Nach östlicher Lesart war die Schuldfrage eindeutig: «Die imperialistischen Westmächte und ihre deutschen Komplizen trugen die volle Verantwortung dafür, daß aus der alten deutschen Hauptstadt zwei Städte mit eigener Verwaltung und Währung entstanden waren.»<sup>26</sup>

Dies ging natürlich an der Wirklichkeit vorbei. Auf viel zu vielen Ebenen, mit zu vielen Akteuren im Vorder- und im Hintergrund trugen sich die Ereignisse zu, als daß sie so eindimensional zu erfassen wären. Zu kurz griff daher auch der Protest der West-Alliierten nach dem Sturm auf das Stadthaus am 9. September beim sowjetischen Oberbefehlshaber. Schuld war in ihrer Sicht die «Einmischung der sowjetischen Behörden in die mit ihrer Billigung erfolgte Sprengung des Stadtparlaments durch pöbelhafte Elemente, die willkürliche Entlassung von ordnungsgemäß gewählten städtischen Beamten ohne Genehmigung der westlichen Kommandanten sowie unzählige einseitige Verletzungen der Vier-Mächte-Abkommen von Berlin».<sup>27</sup> Weder vollzog sich die Spaltung allein aus lokalen Gründen noch war sie ein zeitlich fixierbares, in einem Moment fokussierbares Ereignis.

Auf höchster Ebene fand die alliierte Zusammenarbeit bereits am 28. März 1948 ein Ende. Die Trennung erfolgte im Gebäude des Berliner Kammergerichts, das 1944/45 für die gnadenlosesten Prozesse Roland Freislers vor dem Volksgerichtshof hatte herhalten müssen. In ihm hatte

sich der für ganz Deutschland zuständige Alliierte Kontrollrat eingerichtet. Spätestens mit der Entscheidung der Westalliierten, aus ihren Zonen einen eigenen Staat zu formen, verlor dieses Gremium der Militärgouverneure seinen Sinn. Die West-Gouverneure weigerten sich, ihre Pläne im Kontrollrat zu erörtern, worauf der den Vorsitz führende Sowjetmarschall Wassili Sokolowski mit hochrotem Kopf seine Papiere zusammenraffte und die Sitzung für beendet erklärte. Ein neuer Termin wurde nicht anberaumt und es fand auch keine Kontrollratssitzung mehr statt.

Ein ähnliches Schauspiel vollzog sich drei Monate später in der stillen und etwas abgelegenen Kaiserswerther Straße in Dahlem. Alle Macht in Berlin sollte von diesem Klinkerbau mit seinem monumentalisierenden Travertin-Vorbau ausgehen. In ihm war der Sitz der Kommandantur, der Vier-Mächte-Verwaltung Berlins. Den von den Sowjets vorgegebenen Namen hatten die Westalliierten akzeptiert, nicht aber den ursprünglichen Sitz im sowjetischen Sektor. In Dahlem tagte man auch nach dem finalen Kontrollratseklat weiter, doch wurde die Zerrüttung der Beziehungen zunehmend sichtbar. Immer länger wurden die Sitzungen, immer seltener wurden die einstimmig zu fassenden Beschlüsse. Schließlich endete es wie bei Ehen, die von Anfang an weniger Liebes- denn Zweckgemeinschaft waren und deren Zerwürfnis mit Zank um Haare im Waschbecken beginnt und beim Scheidungsrichter endet. Am 16. Juni 1948 erschien der sowjetische Kommandant Kotikow erst gar nicht, schickte seinen Vertreter Oberst Iwan Jelisarow. Nach 13 Stunden ergebnisloser Debatte waren Geduld oder Kräfte des US-Kommandanten Oberst Frank L. Howley erschöpft. Mit der Bemerkung, er sei müde, gehe nach Hause und sein Stellvertreter William Babcock werde ihn ablösen, verließ er die Sitzung. Nach sowjetischer Darstellung gab es auch noch «ungebührliche Ausfälle an die Adresse der sowjetischen Vertreter», was bestens zu Howley passen würde, der alle Sowjets schlichtweg für «Hurensöhne» hielt.<sup>28</sup>

Zum Zankapfel wurde die Frage, wie lautstark Howley beim Hinausgehen die Türe zugeschlagen habe. Jelisarow sah die akustische Schmerzgrenze über- und das Höflichkeitsniveau deutlich unterschritten und verlangte eine Entschuldigung für die «rowdyhaften Manieren». Der französische Kommandant, General Jean Ganeval, wollte keine Unhöflichkeit in Howley's Verhalten erkennen, was wieder Jelisarow so erzürnte, daß er kurz vor Mitternacht die Sitzung verließ, vorher aber noch zu Protokoll gab, daß das Gremium nicht mehr beschlußfähig sei, weil die US-Delegation ausgezogen sei.

Uneinigkeit und Uneinheitlichkeit hatten in der alliierten Verwaltung der Stadt bestanden, seit sie Berlin mit dem Londoner Protokoll vom 12. September 1944 unter sich aufgeteilt hatten. Anders als die Westalliierten behauptete die Sowjetunion, daß Berlin zu ihrer Besatzungszone gehöre, übernahm aber nicht die Verantwortung für die ganze Stadt, sondern verlangte, daß jede Besatzungsmacht ihren Sektor aus ihrer Besatzungszone versorge. Damit waren die Westsektoren von ihrem natürlichen Umland abgeschnitten. Noch ehe Berlin selbst gespalten wurde, war bereits eine Trennung zwischen dem Westteil und seiner selbstverständlichen Umgebung erfolgt, war Berlin schon lange vor der Blockade mit den Worten Ernst Reuters «eine von ihrem natürlichen Hinterland abgeschnittene belagerte Festung» geworden.

Je größer die Gegensätze zwischen den Weltkriegsverbündeten wurden, je mehr sie darauf bedacht waren, ihr Machtgebiet zu konsolidieren, desto schwieriger wurde die Situation in Berlin. Immer stärker gingen die Sowjets dazu über, Anordnungen für die ganze Stadt zu treffen, die von den Westalliierten zurückgewiesen wurden, was den noch für Groß-Berlin zuständigen und von den Weisungen der Alliierten abhängigen Magistrat zum Diener zweier einander widersprechender Herren machte. Diese Situation eskalierte, als die wertlos gewordene alte Reichsmark durch eine neue Währung abgelöst werden sollte. Am Abend des 22. Juni 1948 erreichte Louise Schröder und Ferdinand Friedensburg ein Anruf, sie möchten ins Stadthaus kommen, um dort eine Botschaft der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) entgegenzunehmen. Gegen Mitternacht konnte die kränkelnde Louise Schröder nicht länger ausharren. Der zurückbleibende Friedensburg mußte um 0.45 Uhr den Befehl entgegennehmen, die Währung der sowjetischen Besatzungszone in ganz Berlin einzuführen.

Wenige Stunden später gaben die drei westlichen Stadtkommandanten gleichlautende Erklärungen ab: Der Befehl habe keine Gültigkeit für ihre Sektoren. Am nächsten Tag erteilten sie ihrerseits die Anordnung zur Einführung der Westmark, der Währung ihrer Besatzungsgebiete. Banknoten im Wert von über 200 Millionen D-Mark, in den USA gedruckt, im britischen Sektor eingelagert, kamen in Umlauf, zunächst mit einem aufgestempelten «B» für Berlin. Nun kursierten in West-Berlin verschiedene Währungen. Erst ab März 1949 war die D-Mark alleiniges Zahlungsmittel. Bei allem Wirrwarr und den damit verbundenen Nachteilen für Pendler zwischen den beiden Stadthälften blieb das entscheidende Faktum, daß

die Währung der Westzonen auch in West-Berlin galt, was alles andere als selbstverständlich war. Ludwig Erhard wollte bei den Planungen für die Einführung der D-Mark die Berliner Politiker abblitzen lassen. Es bedurfte nachhaltiger Bemühungen von Reuter, auch für seine Stadt, zumindest für die Westhälfte, diese Währung durchzusetzen.

«Wer die Währung hat, hat die Macht», lautete die kurze Formel, mit der Reuter die Bedeutung der Währungsfrage für Berlin benannte. Entsprechend lautete auch das Motto einer vom SPD-Vorstand für den 24. Mai 1948 angesetzten Großkundgebung: «Unsere Währung. Berlin frei, nie kommunistisch!» In einem Sonderblatt der Zeitung *Sozialdemokrat* zu dieser Kundgebung hieß es: «Niemand von uns wird sich darüber freuen, daß es zur Zweiteilung in der Frage des Geldes gekommen ist. Aber erstens ist das nichts anderes als ein Ausdruck der bereits seit langem vorhandenen faktischen Trennung. Und zweitens gehört schon ein gerüttelt Maß Verantwortungslosigkeit dazu, den wirtschaftlichen Aufbau im weitaus größeren Teil Deutschlands zu hintertreiben, wenn man ihn für ganz Deutschland noch nicht erreichen kann.» Verfasser war ein 34-jähriger Journalist, der zu dieser Zeit Vertreter des Hannoveraner SPD-Vorstandes in Berlin war – Willy Brandt.

Originaldokument